



Kantonsrat

**P 917**

**Postulat Stadelmann Karin Andrea und Mit. über die Prüfung der Einführung einer Schlichtungsstelle für Personalangelegenheiten der Gemeinden im ganzen Kanton Luzern**

eröffnet am 20. Juni 2022

Der Regierungsrat wird aufgefordert, die Schaffung einer Schlichtungsstelle für Streitigkeiten zwischen Gemeinden und ihren Angestellten analog der kantonalen Schlichtungsstelle nach § 68 der Verordnung zum Personalgesetz (Personalverordnung, PVO; SRL Nr. 52) zu prüfen

Begründung:

Generell hat eine Schlichtungsstelle die Funktion, eine vermittelnde und beratende Rolle einzunehmen, objektiv und informativ zu agieren und die an sie gelangenden Parteien in einer aussergerichtlichen Einigung zu unterstützen.

In vielen Belangen der Berufswelt und in privaten Angelegenheiten besteht die Möglichkeit, an eine Schlichtungsstelle zu gelangen (Mieten, Gleichstellung). Für privatrechtliche Anstellungsverhältnisse gibt es eine Schlichtungsbehörde Arbeit. Für kantonale Verwaltungsangestellte gibt es ebenfalls eine Schlichtungsstelle. Auf der Ebene der Gemeinden haben nach aktuellem Kenntnisstand und Recherchen einzig die Städte Luzern und Kriens eine Schlichtungsstelle oder kennen ein Schlichtungsverfahren.

Das bedeutet für die anderen Gemeinen: Gibt es personalrechtliche Differenzen zwischen Angestellten von Gemeinden oder Gemeindeverbänden, müssen diese direkt vor Kantonsgericht ausgetragen werden. Während der zivilrechtliche Gerichtsprozess bis zu 30'000 Franken Streitwert für die Parteien gratis ist, werden im Verfahren vor Verwaltungsgericht Gerichtskosten in der Höhe von um die 2000 Franken oder mehr erhoben. Diese müssen vorschussweise bezahlt werden, was gewisse Angestellte zusätzlich vor eine finanzielle Herausforderung stellt.

Es fehlt also an der Möglichkeit des Zugangs zu einer Schlichtungsstelle beziehungsweise eines Verfahrens. Bei Volksschullehrpersonen oder Musiklehrpersonen besteht diese Lücke des Zugangs ebenfalls. Um diese Lücke zu schliessen, wurde die Motion M 921 von Karin Andrea Stadelmann eingereicht.

Vorliegend soll nun die Situation zusammen mit den Gemeinden geklärt werden. Es soll aufgezeigt werden, inwiefern die Schaffung eines Schlichtungsverfahrens für die personalrechtlichen Fragen sinnvoll ist. Im Sinne der Vollständigkeit im niederschweligen Konfliktlösungsbereich rund um Angestelltenverhältnisse wird der Regierungsrat deshalb gebeten, den Zugang an eine Schlichtungsstelle zukünftig auf kommunaler Ebene für Angestellte zu prüfen.

*Stadelmann Karin Andrea*  
Käch Tobias  
Schnider-Schnider Gabriela  
Sager Urban  
Affentranger-Aregger Helen  
Schneider Andy

Spörri Angelina  
Zanolla Lisa  
Schmid-Ambauen Rosy  
Bucheli Hanspeter  
Roos Guido  
Bucher Markus  
Zurbruggen Roger  
Kaufmann-Wolf Christine  
Häfliger-Kunz Priska  
Kaufmann Pius  
Heeb Jonas  
Setz Isenegger Melanie